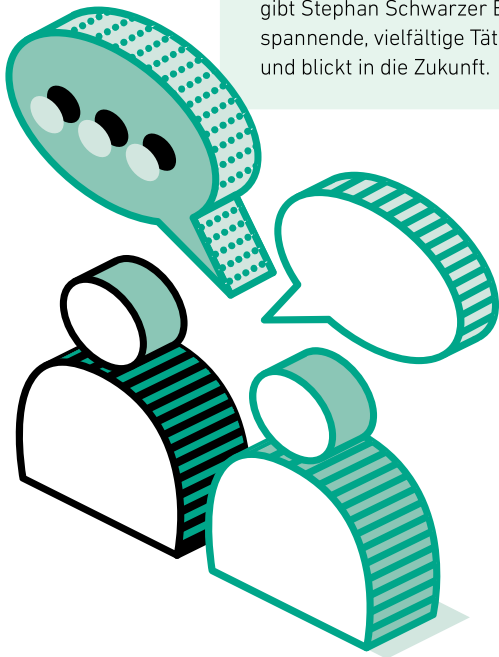


Die gestalterische Kraft der Wirtschaft

Stephan Schwarzer übergibt nach 35 Jahren in der WKÖ an Jürgen Streitner. Im Interview mit ÖKO+ zieht er seine umwelt-klima-energiepolitische Bilanz und beschreibt die Handschrift der WKÖ in der Umweltpolitik.

Ein Leben für eine wirtschaftsverträgliche Umweltpolitik

Stephan Schwarzer, seit den 80er-Jahren in der damaligen „Bundeswirtschaftskammer“, seit 1993 Leiter der neu gegründeten Umweltpolitischen Abteilung in der WKÖ (heute Umwelt- und Energiepolitik), verabschiedet sich nach über drei enorm aktiven und erfolgreichen Jahrzehnten in den „Unruhestand“. Anerkannte Detail-Expertise für viele Fachgebiete wie Abfallrecht, Klimaschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung und Betriebsanlagenrecht sowie das Energierecht vereint sich in seiner Person mit politischem Gespür, Verhandlungsgeschick und mit vorausschauendem, proaktiven Handeln. Im Interview mit ÖKO+ gibt Stephan Schwarzer Einblick in seine spannende, vielfältige Tätigkeit, zieht Bilanz und blickt in die Zukunft.



ÖKO+: Lieber Stephan, zum Schönen zuerst, welche Erfolge in Deiner WKÖ-Laufbahn sind Dir persönlich am wichtigsten?

Stephan Schwarzer: Die Reform des Anlagenrechts, meinem ersten und langjährigsten Steckenpferd im Umweltbereich, gehört zweifellos dazu. Die Gründung der ARA 1993 ebenfalls. Ende der 90er-Jahre war es das Kyotoziel Österreichs und seine EU-Umsetzung im Zuge des Burden Sharing. Aber auch der EU-Beitritt Österreichs 1995 mit all seiner Begleitmusik und den Verhandlungen, meine Habilitation während meiner ersten Jahre in der Bundeswirtschaftskammer, die Verfahrenskonzentration im AWG 1990 und bald danach im UVP-Gesetz gehören ebenso dazu wie jüngst der Standortanwalt im UVP-Verfahren.

Der Amtsmanager, ein Umweltpreis für Verfahrensbeamte, hat auch außerhalb der Interessenpolitik und über seine Laufzeit von 10 Jahren hinaus viel bewirkt, ebenso wie der nach wie vor ausgebuchte Energiemanagementlehrgang EUREM, die Gründung des Energieinstituts der Wirtschaft, die Chemiekonferenz CHEMCON sowie die E-Mobilitätsveranstaltung EL-MOTION. Auch die Gründung der Umwelttechnik-Vertretung „Dachverband Energie-Klima“ innerhalb der WKÖ fällt unter diese Erfolgsliste.

Gibt es spezielle Erinnerungen?

Ja, im heute sehr dominanten Klimaschutzthema waren Ende der 90er-Jahre nach der Kyoto-Konferenz die innerösterreichischen Verhandlungen zum EU-Burden-Sharing mit dem österreichischen Treibhausgasreduktionsziel von 2008 bis 2012 sehr speziell. Österreich und der Wirtschaft wurden einige hundert Millionen Euro erspart. Doch selbst das letztlich ausverhandelte Ziel (Anm. d. Red.: 13 Prozent gegenüber 1990 im Endergebnis) führte dazu, dass die Republik 500 Millionen Euro an Strafzahlungen berappen musste.

Gibt es Parallelen zum Heute?

Das Motto „je ehrgeizigere Ziele, desto besser“ ist auch heute stärker als das Setzen von günstigen Rahmenbedingungen für die Zielerreichung. Daher drohen uns jetzt mit den verschärften Klimazielen der EU für 2030 und 2050 abermals Strafzahlungen in wahrscheinlich vielfacher Höhe. Die durch die grüne Regierungsbeitragung auf 2040 vorgezogene Klimaneutralität in Österreich kommt noch hinzu. Der European Green Deal ist zwar imponierend ambitioniert, aber die EU geht ein enormes Risiko ein, weil der Green Deal nicht auf soliden Beinen steht und die Wirtschaft stark belasten wird.

Wie können wir trotz alledem das Klimaneutralitätsziel 2040 für Österreich und 2050 für Europa schaffen?

Und vorher das 55-Prozent-Ziel für 2030? Und dabei auch noch Industrie und KMU in Europa und Österreich halten?

Solarstrom, Wasserstoff und Methan sind der Schlüssel. Lkw können mittelfristig mit Wasserstoff fahren, Pkw mit Strom, die Industrie kann Wasserstoff oder ein Derivat davon nutzen. Dazu müssen wir den Ökostrom mit Wind und Photovoltaik sowie die Leitungen und Speicher massiv ausbauen. Die Eigenstromerzeugung in Betrieben müssen wir weiter erleichtern und fördern. Aber die österreichische und auch die europäische Ebene – inklusive der notwendigen Gratiszertifikate im EU-Emissionshandel für die Industrie – reichen nicht aus: Eine neue Energie-Weltordnung ist notwendig, Chile, Argentinien, Nordafrika, die Arabische Halbinsel und andere Regionen könnten den in Europa fehlenden Ökostrom beziehungsweise Wasserstoff und seine Derivate beisteuern. Dazu und darüber hinaus braucht es einen globalen Rahmen, zwischen der EU und anderen Wirtschaftsmächten – es braucht eine Strategie für die ganze Welt.

Was sind Elemente einer globalen Klimastrategie?

Ein weltweiter sektoraler CO₂-Preis, zumindest ein Mindestpreis, etwa für die zehn wichtigsten Emittentengruppen, könnte ein Anfang sein. Europa sollte mit den USA beginnen, dann mit weiteren Wirtschaftsmächten und mit der G7, einen solchen Klimaklub zu gründen. Aber auch die bilateralen Handelsverträge der EU können ein Ausgangspunkt sein. So könnte etwa Mercosur dazu beitragen, dass Südamerika seine Klimaziele einhält. Letztendlich sollte das WTO-Regime mit dem Pariser Klimaschutzabkommen verlinkt werden.

Hat Österreich eine Klimastrategie?

Grüne Lieblingsprojekte wie das 1-2-3-Ticket sind zwar politisch gut verkaufbar, es fehlt aber einiges: die Güterbeförderung auf der Schiene, eine Strategie für die CO₂-Abscheidung, eine Wasserstoffstrategie und die Verfahrensbeschleunigung, die letztlich auch bei der Klientel der Grünen Anklang finden sollte, aber leider gerade dort aneckt. Wir brauchen realisierte Projekte und nicht verhinderte.

Zu einem weiteren Kernthema von Dir, der Abfallpolitik: Verpackungsverordnung und ARA-Gründung 1993, damit begann alles, oder?

Eigentlich begann es schon 1990 mit dem AWG, wo vor allem Getränkeverpackungen ein Thema waren. Umweltministerin Flemming hat sich danach im Zuge der Verhandlungen um die österreichische Verpackungsverordnung für die Übernahme des deutschen Modells entschieden. Wir haben darauf geachtet, dass die Fehler in der deutschen Verpackungsverordnung und im Dualen System Deutschland DSD in Österreich nicht wiederholt wurden. 1993 habe ich mit der Unterstützung von Industrie und Handel die ARA gegründet und für sechs Wochen die Geschäftsführung übernommen. Das war schon aufregend und konfliktträchtig. Gemeinsam mit dem langjährigen ARA-Vorstand Christian Stiglitz habe ich unzählige Verhandlungsrunden gedreht – mit den Sammel- und Verwertungssystemen wie etwa zu Glas, Papier, Kunststoff sowie mit den Kommunen. Nicht alle waren glücklich, aber letztendlich gab es dank starker Unterstützung von Industrie und Handel die notwendige Zustimmung, und eine große Erfolgsgeschichte Österreichs in Richtung Recycling und Kreislaufwirtschaft konnte beginnen.

Univ.-Doz.
Dr. Mag.
Stephan
Schwarzer
und WKOÖ-
Präsidentin
Mag. Doris
Hummer bei
einer Klima-
Presse-
konferenz in
Linz 2019



Apropos Kreislaufwirtschaft: Nach 30 Jahren Sammel- und Recyclingquoten für etliche Abfallströme EU-weit – bleibt das so oder braucht es einen Systemwechsel?

Die Systeme werden wohl im Prinzip so bleiben. Die größte Achillesferse, der Internethandel und die daraus resultierende Trittbrettfahrerproblematik, nimmt die EU in Kauf und schaut weg. Eine EU-weite Abfallagentur wie die Chemikalienagentur ECHA sehe ich daher nicht auf uns zukommen. Da kann man nur optimieren und keine Wunder erwarten. Deponien und thermische Abfallverwertung werden wir auch in Zukunft brauchen, neue Verwertungspfade brauchen wir auch: Den Kunststoff für Kabelummantelungen kann man zum Beispiel lediglich als Beschwerde für Verkehrszeichen verwenden, eine andere Verwertungsart gibt es derzeit nicht. Dieses Problem haben wir beim Recycling oft. Zum Glück gibt es tolle Pilotprojekte wie etwa das ReOil-Projekt der OMV, bei dem Altkunststoffe zu synthetischem Rohöl verarbeitet werden. Bemerkenswert ist auch das C2PAT-Projekt, bei dem sogar CO₂ als Rohstoff verwendet und im Kreislauf geführt wird.

Ein großes Steckenpferd Deiner Spezial-Expertise und Publikationstätigkeit ist bis heute Anlagenrecht und UVP, warum sind Dir diese Themen so wichtig?

Gerade um solche Projekte wie etwa ReOil oder C2PAT zu ermöglichen. Ein hoher CO₂-Preis und Förderungen für Breakthrough-Technologien reichen nicht aus, wenn der rechtliche Rahmen für die Anlagengenehmigung nicht passt. Ohne Genehmigung kann ein Betrieb nichts machen. Besser ist es, eine Genehmigung zu erhalten und nicht fünf. Die wichtigste Erkenntnis aus meiner Habilitation: Es braucht eine Pyramide der Verfahrensarten von der sehr strengen UVP bis hin zur Genehmigungsfreistellung mit allen notwendigen Schattierungen dazwischen. Das konnte ich gemeinsam mit Elisabeth Fuherr, Rudolf Donninger und Monja Nemecek verwirklichen. Die anfangs kritisierte und nunmehr hochgelobte Verfahrenskonzentration haben wir im UVP-Gesetz außer bei Verkehrsprojekten vollständig umgesetzt, im AWG weitgehend. Im Betriebsanlagenrecht haben wir tausende Betriebe aus der Genehmigungspflicht entlassen. In einigen Bezirkshauptmannschaften gibt es schon seit einiger Zeit zwar immer noch mehrere Bescheide, aber nur mehr ein einziges Verfahren. Dazu hat der Amtsmanager-Preis (1997–2007) einiges beigetragen, heute führen wir Theorie und Praxis im „Runden Tisch Anlagenrecht“ zusammen – gemeinsam mit den Experten aus den Behörden erarbeiten wir Lösungsvorschläge für die Praxis und den rechtlichen Rahmen. Mitte der 90er-Jahre habe ich die Messung von Verfahrensdauern erstmals aufs Tapet gebracht, heute halten wir bei Bestperformern bei

Amtsmanager-Preisverleihung im Jahr 2000: Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer, Prof. Walter Barfuß, WKÖ-Generalsekretär Dr. Günter Stummvoll, WKÖ-Präsident Ing. Leopold Maderthaler †

40 Tagen für Anlagenrechtsgenehmigungen nach der Gewerbeordnung. Die UVP muss noch viel schneller gehen.

Apropos Verkehr und UVP, wie geht es in diesem Schlüsselbereich weiter?

In der Verkehrs-UVP war die vollständige Verfahrenskonzentration wegen der Querelen um den Semmering-Basistunnel nicht durchsetzbar. Trotzdem sind viele Projekte aktuell „durch“ die UVP, auch Straßenbauprojekte, wie sie derzeit von Bundesministerin Gewessler „evaluiert“ werden. Die ASFINAG muss diese Projekte im Interesse der Republik durchführen und diese Straßen bauen. Die „Evaluierung“ verkennt den gesetzlichen Auftrag dafür. Eine Neueinreichung für diese notwendigen und bereits genehmigten Projekte wäre eine reine Geldvernichtung. Und meist geht es ja nicht um neue Straßen von A nach B, sondern um einen Lückenschluss. Der Lückenschluss befreit die lokale Bevölkerung von Luftbelastung und Lärm und zieht meist keinen neuen Verkehr an. Aber natürlich bringen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum auch mehr Transportbedarf, dem man Rechnung tragen muss.

In Deiner „Amtszeit“ wurde gerade noch ein Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz verabschiedet, das dem bisherigen Ökostromgesetz nachfolgt, ein großer Wurf?

Finanziell ist es sicherlich ein großer Wurf. Die Fördermasse wurde erhöht, aber das wettbewerbsfreundlichere Modell der Ausschreibungen wird tendenziell umgangen. Daher gibt es zu wenig Kostenwettbewerb zugunsten von Einzelinteressen.





2000

Die Überarbeitung des Energieeffizienzgesetzes wird wohl Deinem Nachfolger, Jürgen Streitner, bleiben. Worauf wird es etwa bei der Lieferantenverpflichtung ankommen?

Die Lieferantenverpflichtung ist letztlich ein Missgriff, die in anderen EU-Mitgliedstaaten viel dezenter oder gar nicht umgesetzt worden ist, bei uns kam es zur Maximalvariante. Das Konzept, dass der Energielieferant A schauen muss, dass der Energieverbraucher B Energie reduziert, ist falsch und fehleranfällig. Millionen Leuchtmittel werden auf der Jagd nach „werthaltigen“ Effizienzmaßnahmen aus Asien von den Energielieferanten A billig gekauft, und es ist nicht klar, ob und wie diese von den Energieverbrauchern B verwendet werden. Das jetzt auch noch zu verschärfen macht keinen Sinn. Trotzdem hat das Energieeffizienzgesetz auch seine Meriten: Die Festlegung der Kompetenzen der Energieberater ist in einem einheitlichen Bundesgesetz besser aufgehoben als in neun Landesgesetzen. Und der Bund als Beschaffer hat eine Vorbildwirkung. Positiv ist, dass wir eine Einsparverpflichtung der Energieverbraucher Industrie und Gewerbe zusätzlich zur Lieferantenverpflichtung verhindern konnten.

Etwas Grundsätzliches: Gibst Du freiwilligen Initiativen alternativ zu Gesetzen in Zukunft echte Chancen – im Lichte Deiner langjährigen Erfahrung?

Die Politik besetzt jedes Feld primär mit Gesetzen. Gerade beim Energieeffizienzgesetz wollte die Politik freiwillige Initiativen nicht unterstützen. Bei den Getränkeverpackungen hingegen funktioniert unsere

Nachhaltigkeitsagenda als „dienstälteste“ freiwillige Vereinbarung bestens. Es ist auch eine Glaubensfrage, denn sobald Sanktionen in eine Vereinbarung eingebaut werden, ist sie nicht mehr freiwillig. Letztlich geschehen auch Projekte wie ReOil oder C2PAT vor dem Hintergrund der CO₂-Neutralität 2040 oder 2050, also aufgrund von gegenwärtigen oder künftigen Verpflichtungen durch den politischen und gesetzlichen Rahmen. Die Politik sollte die Wirtschaft öfter fragen: Wie können wir Euch unterstützen?

Zu Europa: Du warst immer ein Vorreiter und Verfechter des Mitgestaltens in Brüssel. Was schlägst Du für die Zukunft vor?

Europa war und ist ein Schrittmacher der österreichischen Umweltpolitik. 80 Prozent und mehr kommen vor einem österreichischen Umweltgesetz – meist in Form einer Richtlinie – aus Brüssel. Proaktive Mitgestaltung war mir schon vor dem Beitritt wichtig und ist es heute mehr denn je. Europa, also die Mitgliedstaaten, das EU-Parlament und die EU-Kommission, sollten sich jedoch auf das Wesentliche konzentrieren und nicht zuviel regulieren. Und natürlich muss sich Europa gegenüber den Drittstaaten auch als globaler Schrittmacher behaupten. Nur wenn das EU-Modell des Klima- und Umweltschutzes auch wirtschaftlich erfolgreich ist, kann es ein Blueprint für die Welt werden, den alle gern nachahmen. Der erwähnte Klimaklub mit USA und anderen wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Stephan Schwarzer beim EU-Lobbying in Brüssel: ETS-Dinner mit Wirtschaftsvertretern und EU-Abgeordneten 2008

Was wirst Du an Deiner Arbeit als Interessenvertreter und Abteilungsleiter vermissen, was weniger? Wie hast Du die Belastungen ausgehalten?

Es ist nicht schlecht, einen Schlusstrich zu ziehen und seine Schwerpunkte zu verlagern. Vermissen werde ich primär die Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich täglich zusammenarbeite, aber auch meine zahlreichen Kontakte zu den Unternehmen, den Ministerien und Behörden. Die „Sträube“, die ich ausfechten musste, werde ich weniger vermissen. Aussitzen oder abwarten war dabei für mich keine Option, mein Motto war „mache es einfach“, aber es gibt nichts, was besser motiviert als Erfolge und diese konnten wir auch unter schwierigen Vorzeichen oft mehr einfahren als wir ursprünglich selbst geglaubt hatten.

Gibt es ein Geheimnis für diese Erfolge?

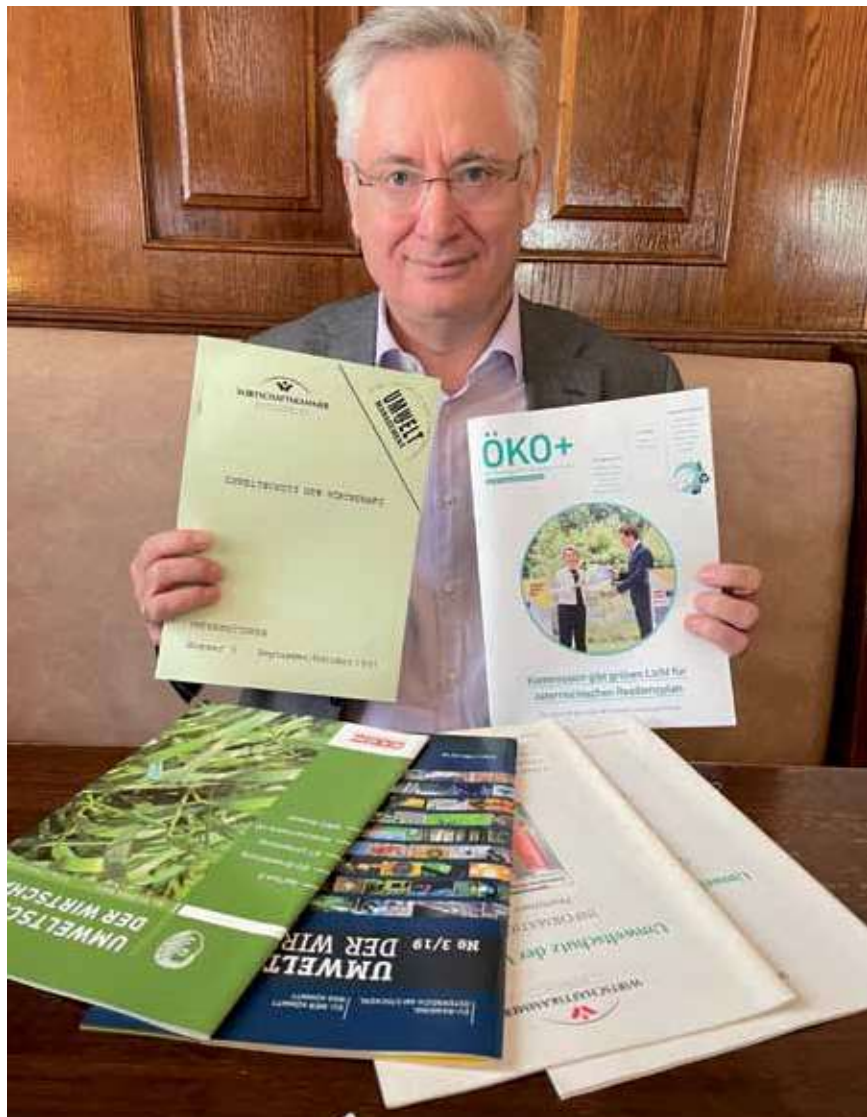
Bei allem Frust über die kalte Schulter des grünen Teils der Bundesregierung gegenüber der Wirtschaft freut mich eines ganz besonders: Die gestalterische Kraft der Wirtschaft ist beim Umweltschutz enorm und übersteigt jene anderer Gruppen um ein Vielfaches. Das zeigen nicht nur ReOil und C2PAT, sondern auch das jahrzehntelange Erfüllen und Übererfüllen der Umweltvorgaben durch die Betriebe: Das Abfall- und Abwasserproblem ist so gut wie gelöst, die Luftqualität hat sich stetig gebessert, wir leben – auch dank der Wirtschaft, die etwa Medikamente und Impfstoffe herstellt – länger und besser. Das sind Fortschritte, die enorm sind, über einen sehr langen Zeitraum erarbeitet wurden und leider oft übersehen werden – und das bei einem über

Jahrzehnte kumulierten hohen Wirtschaftswachstum. Die EU hat ihren Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen von 16 auf 8 Prozent halbiert, der Rest der Welt legt leider immer noch zu. Aber das fossile Zeitalter, einst läutete es Fortschritt und Wohlstand ein, wird zu Ende gehen und Platz für das nicht-fossile Zeitalter machen. Sehr vereinfacht gesagt: Ohne Dampfmaschine hätte es keine Autos gegeben, ohne Autos und Schiffe keinen Welthandel, und ohne weitere Einbeziehung des Welthandels wird es letztlich auch keine globale Lösung des Klimaschutzproblems geben.

Deine Arbeit als Wissenschaftler, besonders als Jurist – neben Deiner auch von der WU diplomierten Wirtschaftskompetenz – ist als herausragend anerkannt. Was ist Deine Vision von Wissenschaft, Interessenvertretung und Information in der Zukunft?

Wir dürfen in der WKÖ und der Wirtschaft nicht abseits stehen und müssen auch im nicht-juristischen Bereich mit der wissenschaftlichen Ebene mitdiskutieren können. Die Erfahrungen etwa von den EUREM-TeilnehmerInnen helfen, dem Elfenbeinturm zu entkommen und besser zu verstehen, worauf es beim betrieblichen Energiemanagement ankommt. Beim Kommentar zum Energieeffizienzgesetz weiß ich damit auch aus der Praxis, worüber ich schreibe. Der „Runde Tisch Betriebsanlagenrecht“ vereint Praxis und Theorie vorzüglich. Informationen, juristische und nicht-juristische, bietet dieses WKÖ-Medium ÖKO+, früher Umweltschutz der Wirtschaft, an. Es vermittelt, neben vielen anderen Aktivitäten wie Vorträgen, Medienarbeit, Veranstaltungen, eigenen Studien, wie man aus

Stephan Schwarzer im Café Wortner beim Interview: Umweltschutz der Wirtschaft im Wandel von 28 Jahren bis zum heutigen ÖKO+



dem Problem des Umweltschutzes und des Energiesparens eine Chance machen kann. Der regulatorische Druck auf die Unternehmen durch den European Green Deal und durch die Klimaneutralität Österreichs bis 2040 wird diesen Informationsbedarf noch verstärken, auch beim Chemikalienrecht, im Abfallbereich und der Kreislaufwirtschaft, beim Naturschutz und der Biodiversität sowie bei Luft, Wasser und vielen anderen Themen. Hinzu kommt eine Emotionalisierung bei einigen dieser Themen in der Öffentlichkeit. Daher müssen wir in der Interessenvertretung die inhaltlichen Botschaften der Wirtschaft transportieren und weiterarbeiten. Zurücklehnen gibt's bei den Megaproblemen Schutz der Meere, Kampf gegen anthropogenen Klimawandel und Biodiversitätsverlust ohnehin nicht. Die Wirtschaft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.

Du warst oft zehn, zwölf Stunden am Tag und nicht selten auch am Wochenende und im Urlaub für die Wirtschaft aktiv, wofür möchtest Du die frei werdende Zeit nutzen?

Ich bin gerade in der Fertigstellung der Neuauflage des UVP-Kommentars gemeinsam mit meinem Freund Christian Schmelz. Nach dem Energieeffizienzgesetz 2021/2022 könnte es eine Aktualisierung meines ersten Kommentars aus 2013 geben. Außerdem werde ich einer E-Fuel-Vereinigung als Geschäftsführer und Anwälten im Umweltbereich als Berater zur Seite stehen. Reisen, Urlaub und Familie sollen aber auch nicht zu kurz kommen. 🟢



Mag. Axel Steinsberg MSc (WKÖ)

axel.steinsberg@wko.at